Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 68 (1988)
Heft: 6

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Konstanz und Wandel in der schweizerischen EG-Politik

Das politische Tagesthema Nummer eins ist in diesen Frühlingswochen eindeutig der «Binnenmarkt 1992». Staatssekretär Blankart, der Chef des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, hat kürzlich in diesem Zusammenhang nicht ohne Ironie vermerkt, dass sein vielzitierter Luzerner Vortrag vom Herbst 1986 inhaltlich weitgehend identisch gewesen sei mit einem Referat zum gleichen Integrationsthema zehn Jahre zuvor — mit dem Unterschied allerdings, dass er am Ende der siebziger Jahre mit seinen Ausführungen praktisch unbeachtet geblieben war, während Blankart 1986 Eingang in die Schlagzeilen fand.

Natürlich fällt die Erklärung dieses Phänomens nicht allzu schwer: Dazwischen liegen die Verabschiedung des «Weissbuchs» mit dem Programm «Binnenmarkt 1992» und der Übergang vom Zwang einstimmiger Beschlüsse zum System der qualifizierten Mehrheit. Die EG erscheint damit plötzlich als handlungsfähiger. Doch Staatssekretär Blankart hat trotzdem recht: Sämtliche heute so heiss diskutierten Fragen und Probleme lagen schon vor zehn Jahren klar und deutlich auf den europäischen Verhandlungstischen — und nicht nur das, die Idee des «Binnenmarkts» bildete bereits in den Römer Verträgen der EG von 1957 das Kernstück. Angesichts der ständigen Streitereien vor allem um die gemeinsame Landwirtschaftspolitik und die Finanzierung des Brüsseler Haushalts liess sich die europäische Umwelt nur Sand in die Augen streuen und übersah, dass der Ausbau der EG, wenn auch immer wieder verzögert, unaufhaltsam vorwärts ging.

Die Konstanz der Probleme lässt sich auch beim Durchblättern alter Jahrgänge der «Schweizer Monatshefte» nachlesen. 1961 schrieb der damalige Chef des Vororts, Heinrich Homberger, im Aprilheft: «Selbst wenn die Schweiz eingeladen worden wäre, sich am Vertrag von Rom zu beteiligen — was in keiner Phase der Fall war —, so hätte sie ihm nicht beitreten können, weil er mit den in der Bundesverfassung liegenden Fundamenten der Eidgenossenschaft unvereinbar ist.» Heute ist es kaum anders: Die EG ist weit entfernt davon, die Schweiz zum Eintritt zu ermuntern, und das Volk täte sich abgesehen davon nach wie vor schwer, entsprechende staatspolitische Konzessionen zu machen.

Im gleichen Jahr 1961 zeigte Botschafter Albert Weitnauer im Septemberheft unter dem Titel «Integration und Unabhängigkeit» auf, dass die Schweiz vor allem im Rahmen der EFTA darauf hinwirken müsse, eine vertiefte Zweiteilung Europas zu überbrücken. Inzwischen ist die EFTA zwar kleiner geworden. Doch insbesondere seit dem neuen Impuls der Luxemburger Vereinbarungen von 1984 sind gemeinsame Arbeitsgruppen der beiden Freihandelsorganisationen nach wie vor wichtige Instrumente, um der

Diskriminierung des «übrigen Europa» durch EG-Richtlinien wirksam zu begegnen.

Was schliesslich das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und der EG betrifft, so stand im Dezember 1970 in einem innenpolitischen Kommentar der «Monatshefte» zu lesen, dass die «Vorsprache» des Bundesrates, mit welcher das Terrain für das Freihandelsabkommen von 1972 vorbereitet wurde, in Brüssel mit den Klassifikationen «aufrichtig und sachlich» quittiert worden sei. Sachlichkeit und Aufrichtigkeit — das sind auch heute noch die Leitplanken für die immer wichtiger und auch immer dichter werdenden «permanenten Konsultationen», in deren Rahmen sich der «Courant normal» zwischen Bern und Brüssel abspielt.

Doch die Aufmerksamkeit des Bundesrates und insbesondere des Bundesamtes für Aussenwirtschaft mit Staatssekretär Blankart an der Spitze genügt inskünftig nicht mehr. Der «Binnenmarkt 1992» mit seinem ganzen Drum und Dran stellt eine Herausforderung auch für das Parlament und die gesamte schweizerische Öffentlichkeit dar. Nur waches Mitdenken und Mithandeln von Politik und Wirtschaft werden es möglich machen, die «faktische Harmonisierung» mit Brüssel so weit zu treiben, dass der EG-Raum auch in Zukunft unser weitaus grösster und wertvollster Wirtschaftspartner bleibt.

Richard Reich

Kostspielige Hochschulen

In der Mai-Ausgabe der «Volkswirtschaft» (Herausgeber: EVD) sind aufschlussreiche Informationen über die *finanziellen Verhältnisse der schweizerischen Hochschulen* enthalten. Sie zeigen auf eindrückliche Weise die Entwicklung des helvetischen Hochschulwesens und die Aufwendungen, die die Allgemeinheit für die Ausbildung der akademischen Jugend zu erbringen bereit ist. In der Zeitspanne zwischen 1960—1986 haben sich die Hochschulausgaben nicht weniger als versechzehnfacht, wobei sie in den sechziger Jahren der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung buchstäblich davongelaufen sind, sich aber in den achtziger Jahren ungefähr im Gleichschritt mit dem Bruttoinlandprodukt bewegten. Es ist den politischen Behörden also einigermassen gelungen, dieses Ausgabensegment unter Kontrolle zu bringen. Hinter dieser Expansion steht natürlich ein eigentlicher «Akademikerboom», haben doch die Studentenzahlen im Betrachtungszeitraum dreimal stärker zugenommen als die Wohnbevölkerung. Die gesamten Hochschulausgaben erreichten 1986 insgesamt 2,59 (1960: 0,16) Mia. Franken oder 34 000 (7600) Franken pro Studierender.

Auffallend sind an diesem Bild die Unterschiede der einzelnen Hochschulen. In absoluten Grössen gemessen steht natürlich bei den Universitäten mit medizinischen Fakultäten *Zürich* mit 492,21 Mio. Franken an der Spitze,

was einem Ausgabenanteil pro Student von 26 000 Franken entspricht. Basel dagegen weist mit 235,58 Mio. Franken die tiefsten Gesamtausgaben aus, liegt aber mit einem Pro-(Studenten)-Kopf-Anteil von 35 000 Franken ungefähr im Mittelfeld. An der Spitze der Pro-Kopf-Quote rangiert mit 41 000 Franken die Universität Bern. Sie liegt auf gleicher Höhe wie die ETH Zürich, wogegen diese Kennziffer für die ETH Lausanne vor allem zufolge der Investitionen auf 67 000 Franken hochschnellt. Bei den Hochschulen ohne medizinische Fakultäten (Freiburg, Neuenburg, St. Gallen) sinken die Ausbildungskosten pro Student beträchtlich; sie schwanken zwischen den Eckwerten von 25 000 Franken (Neuenburg) und 11 000 Franken (St. Gallen). Die Ausgabendifferenzen kommen, wenn die Investitionen unberücksichtigt bleiben, in erster Linie zufolge der höchst unterschiedlichen Besoldung der Assistenen und des «übrigen Personals» zustande. Im Blick auf diese Zahlen kann der Exekutive des Kantons Zürich attestiert werden, dass sie sich zwar mit einem respektablen Hochschulbudget herumzuschlagen hat, sich aber der Kontrolle der Ausgabenentwicklung vergleichsweise zu andern Kantonen als sehr effizient gezeigt hat. Die Kehrseite dieser Medaille wird allerdings in einem *intensivierten Kampf* um die knappen Ressourcen (Lehrstühle und Assistentenpositionen) innerhalb der Universität sichtbar. Und beizufügen wäre, dass dieser Kampf unter dem Druck der zunehmenden Ressourcenknappheit nicht immer in den edelsten Formen ausgetragen wird.

Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt zum allergrössten Teil, nämlich zu 94,6% über die Budgets der öffentlichen Haushalte (Bund 34,8%, Kantone 54,4%); 8,6% der Kantonsausgaben werden von den Nicht-Hochschulkantonen übernommen. Nur 5,4% entfallen auf Betriebseinnahmen (Gebühren, Kolleggelder, Arbeiten für Dritte usw.). Kein Wunder, dass die Hochschulen nun mehr und mehr nach Möglichkeiten einer privatwirtschaftlichen Finanzierung neuer Projekte Ausschau halten.

Willy Linder

Frankreich – zwei Mehrheiten oder eine?

In zwei Jahren hatte Präsident Mitterrand die Mehrheit im Land verloren. Alle Kommunal-, Regional- und Teilwahlen bestätigten es. Da die Verfassung dem Präsidenten die Dauer sichert, hat Mitterrand selber die Wende vollzogen: ein neuer Premierminister, ein neues Wirtschaftsprogramm, Rücktritt der kommunistischen Minister. Die Signale waren deutlich. Auf eine weitere absolute Mehrheit in der Nationalversammlung konnten die Sozialisten nicht rechnen. Die vom Präsidenten eingeführte Proporzwahl — aus Protest dagegen demissionierte damals Landwirtschaftsminister Michel Rocard — erwies sich als gutes Kalkül. Le Pens Front National

erreichte Fraktionsstärke — eine Verlegenheit für die bürgerliche Mehrheit. Le Pen erreichte Respektabilität, ohne dass seine Bewegung an Militanz verlor. Das hat zu ihrem Zuwachs, den kein Beobachter, kein Meinungsforscher vorausgesagt hat, beigetragen.

Das Phänomen Mitterrand! 23 Jahre in der Wüste der antigaullistischen Opposition, verfemt und unten durch, zweimal als Kandidat in Präsidentschaftswahlen geschlagen, schon mitleidig der «ewige Verlierer» genannt, hat François Mitterrand, zugleich standhaft und beweglich, triumphiert. Er war 1982 der unpopulärste der vier Präsidenten der Fünften Republik und hatte am Ende der Amtszeit als einziger von ihnen an Popularität gewonnen.

Im Buch von Alain Duhamel Anfang 1987 «Le cinquième président» wird Mitterrand nur in einem Postscriptum als ferne, aber unwahrscheinliche Möglichkeit genannt. Das Risiko, wieder als Geschlagener aus der Politik auszuscheiden, sei zu gross.

Die massive Niederlage der Linken in den Wahlen zur Assemblée Nationale war demütigend. Würde Mitterrand, der Verlierer, zurücktreten? Viele erwarteten es. Doch er hat ohne Wenn und Aber den Führer der stärksten bürgerlichen Partei, Jacques Chirac, mit der Regierungsumbildung betraut und zwei Jahre mit ihren Peinlichkeiten auch Demütigungen durchgestanden. «Cohabitation» ist übrigens ein unglückliches Wort. Man nennt «cohabitation» die wilde Ehe. Hier war es im Gegenteil ein Produkt der Regeln, von Neigung konnte nicht die Rede sein.

In diesen zwei Jahren hat Mitterrand sich «weizsäckerisiert». Er war die moralische höhere Instanz. Die Regierung mochte Fehler machen, Dekrete hastig zurückziehen. Der Präsident war damit nicht behaftet und sagte väterlich: Ich hatte euch gewarnt. Die Erfolge kamen auch auf sein Konto, die Misserfolge nicht. Er war aber mehr als eine höhere Instanz — ein gesalbter Oppositionsführer, der die Regierung von oben durch Einsprache wie von unten durch Ermutigung von Streikenden angriff. Majestät und Militant. Daher ist sein Sieg persönlich. Es wird sich zeigen, ob er die sozialistische Partei mitzieht und ob er — wie es in den USA vom Präsidenten heisst — «Rockschösse» hat.

Michel Rocard, oft Rivale Mitterrands und anderen Parteigrössen ein Ärgernis, wurde zum Premierminister bestimmt. Einer Übergangsregierung, jener vergleichbar, die 1981 zwischen der Präsidenten- und der Parlamentswahl kurz geamtet hatte? Die Bewährten sind darin wie Beregovoy, aber auch die Belasteten wie Poperen. Scharf beobachteter Michel Rocard! Die Gehässigkeit im Wahlkampf konnte nicht überdecken, dass die Unterschiede im Programm gering waren. Die französischen Sozialisten, auch Mitterrand selber, sahen sich einst links von allen Sozialdemokratien. Antikapitalismus ist aber kaum mehr in Spurenelementen zu finden. Weder Planung noch Verstaatlichung gelten mehr als Heilmittel. Was an Dirigismus bleibt, ist gemeinsamer Boden der Rechten und der Linken. «Liberalismus» wurde eine Zauberformel, «Europa» eine zweite. Vielen Franzosen klingt das aber nicht wie strahlende Zukunft, sondern wie Gefahr. «Front National» ist auch ein Aufstand kleiner Leute gegen diesen weiten Horizont. Frankreichs Unternehmen sind zu fast 45 Prozent zusätzlich zu den Löhnen

belastet — unter westlichen Demokratien einzigartige Kollektivierung der Mittel. Um so eher könnten andere 1992 das Kapital anziehen, das Frankreich braucht; auch wenn die Pariser Börse unter Mitterrand floriert hat wie nie zuvor . . .

Am Klassenkampf liegt es nicht. Streiks treffen nur die geschützten Sektoren wie die Luftfahrt. Weniger als ein Zehntel der Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert, und das in vier rivalisierenden Gewerkschaften. Der Unternehmer ist heute Kult- und Leitfigur. In zwei neuen Frankreichbüchern — von Jürg Altwegg und von Lothar Baier — finden wir keine einzige linke Persönlichkeit oder prägende Idee.

Im nächsten Heft wird Hans U. Meier aus Paris eine gründliche Bestandesaufnahme bieten. Halten wir diesmal einen bemerkenswerten Trend fest. Im Kampf um das Elysée zwischen Giscard d'Estaing und Mitterrand war beidemal der Abstand gering. Die Parlamentswahl war eine massive Verschiebung, die jetzige Präsidentenwahl mit neun Prozent Abstand zwischen den Kandidaten ebenfalls — in so kurzer Zeit schlug das Pendel so stark aus! Werden diese beiden gegenläufigen Mehrheiten — die präsidentielle, die parlamentarische — wieder zu einer werden? Der breite Konsens in der Gesellschaft, die schnellen Schwankungen in der Politik könnten mit eingebauten Tücken der Verfassung zu tun haben.

Frankreich — unbekannter Nachbar . . .

François Bondy

Die ATAG-Gruppe

Wirtschaftsprüfung
Wirtschaftsberatung
Wirtschaftsinformation

ATAG
Allgemeine Treuhand AG
MITGLIED VON ARTHUR YOUNG INTERNATIONAL